

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

7. Jahrgang, Nummer 2

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Februar 1959

INHALT

EUROPÄISCHE ZWISCHENBILANZ von Hans-Joachim v. Merkatz	S. 1
„IN DER NOTLAGE UNSERER KIRCHE HILFE LEISTEN . . .“ von Heinrich Höhler	S. 5
„IHR SOLLT MEIN VOLK SEIN“ von Nicolaus v. Grote	S. 9
DIE „AGENDE“ VON STALINSTADT von Ernst Rasch	S. 11
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 12

EUROPÄISCHE ZWISCHENBILANZ

Von Bundesminister Dr. Hans-Joachim v. Merkatz

Bilanz ziehen heißt Aktiva und Passiva einander gegenüberstellen, heißt Klarheit darüber zu gewinnen suchen, wo man steht und wo die Möglichkeiten und Schwierigkeiten für die Zukunft liegen.

Wir leben in einer Zeit des Übergangs. Das Gebäude der angestrebten europäischen Einheit ist unfertig. Darum habe ich auch bewußt das Wort Zwischenbilanz als Thema gewählt. Einiges an brauchbaren Fundamenten ist gelegt, vieles, sehr vieles bleibt noch zu tun übrig. Das unfertige Bauwerk als solches ist nicht allein durch den hartnäckigen Widerstand des Ostblocks gegen das europäische Einigungswerk bedroht, sondern darüber hinaus auch durch Differenzen innerhalb der sich zu dem Ziel der europäischen Einigung bekennenden Nationen Gefahren ausgesetzt, die weder verkannt noch verschwiegen werden sollen. Das alte Problem einer Divergenz zwischen dem Weg und dem Ziel, aber auch unterschiedliche Auffassungen über das mögliche und wünschbare Ziel als solches treten hier in Erscheinung. Hinzu kommt, daß eine Harmonisierung der Interessen eines so weiten Kreises von Nationen notwendigerweise

Schwierigkeiten bereitet, die nicht ohne gegenseitige Verzichte und nur mit viel gutwilliger Geduld zu erreichen ist.

Die Grundelemente der Europapolitik

Wer an die ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg zurückdenkt, wird sich daran erinnern, daß das Grundmotiv der Europasehnsucht des deutschen Volkes vor allem in dem Wunsche bestand, daß es nie mehr zu einer Wiederholung des selbstmörderischen Ringens der europäischen Völker kommen dürfe. Die Vorstellung, daß jeder Krieg zwischen den europäischen Völkern mit ihrer gemeinsamen kulturellen Tradition im Grunde ein Bürgerkrieg sei, der sich unter keinen Umständen wiederholen dürfe, war allgemein. Dieser Gedanke hat in unserem Volke so kräftige Wurzeln geschlagen, daß er seither mit Billigung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung das politische Handeln der Bundesregierung bestimmt hat. Die deutsche Politik der europäischen Einigung ist also eine in ihren Grundlagen und der Idee nach auf den Frieden gerichtete, überdies durchaus demokratische, weil vom Grundgefühl des Volkes getragene

Politik. Dies nachdrücklich festzustellen und zu unterstreichen, scheint mir um so notwendiger, als es die östliche Propaganda von Anfang an darauf angelegt hat, die Europapolitik der Bundesregierung zu diffamieren, indem ihr — aus sehr durchsichtigen Gründen — imperialistische Motive unterstellt wurden.

Es ist vielleicht auch nicht überflüssig, heute erneut daran zu erinnern, daß das Grundgesetz das Ziel eines vereinten Europas als Mittel zur Erhaltung des Friedens ausdrücklich nennt. So spricht z. B. die Präambel zum Grundgesetz von dem Willen des deutschen Volkes: „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. In Artikel 24 des Grundgesetzes heißt es dann: der Bund könne sich „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“ und werde „hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“. Schließlich werden in Artikel 26 „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“, für verfassungswidrig erklärt und unter Strafe gestellt.

Aus diesen knappen Worten spricht der Geist, in dem die Bundesrepublik Deutschland ins Leben getreten ist und von dem insbesondere auch die Europapolitik der Bundesregierung bestimmt wird.

Hatte die elementare Friedenssehnsucht der europäischen Völker bei der Neubelebung der paneuropäischen Ideen nach dem zweiten Weltkrieg Pate gestanden und dazu beigetragen, daß diese jetzt kräftiger als nach dem ersten Weltkrieg Wurzel geschlagen und entscheidende Auswirkungen in der praktischen Politik gefunden haben, so waren doch für diese Entwicklung auch noch andere gewichtige Gründe maßgebend: Der Ausgang des zweiten Weltkrieges hat Siegern wie Besiegten unter den europäischen Nationen — wenn auch mit gewissen unverkennbaren Nuancierungen — in schmerzhafter Weise zum Bewußtsein gebracht, daß sich eine Verlagerung der Gewichte zugunsten der beiden einzigen wirklichen Weltmächte der Gegenwart, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, vollzogen hatte. Der Krieg hatte diesen Prozeß zwar nicht eingeleitet, wohl aber erheblich verstärkt und beschleunigt. Dem entsprechend wuchs die Einsicht, daß in der Zeit der Technisierung und der Bildung wirtschaftlicher und politischer Großräume ein in sich gespaltenes, in engstirnigem Nationalismus und falsch verstandenem Egoismus seiner Einzelglieder verharrendes Europa einen Anachronismus darstellen würde. Schließlich förderten ganz einfach auch das Gefühl der Furcht vor dem Druck aus dem Osten und die Erkenntnis der gefährlichen wirtschaftlichen Ohnmacht auch der als vermeintliche Sieger geltenden europäischen Nationen den Gedanken an einen möglichst engen wirtschaftlichen, politischen und — hartem Zwang gehorchend — militärischen Zusammenschluß der sich zu einer freiheitlichen Lebensordnung bekennenden europäischen Völker.

Die doppelte Erkenntnis, daß das freie Europa nur so dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck aus dem Osten standhalten könne und nur so imstande sein würde, früher oder später wieder das Eigengewicht Europas im weltpolitischen Kräftespiel zur Geltung zu bringen, hatte und hat etwas durchaus Rationales. Sie bildet darum ein von wechselnden Stimmungen relativ unabhängiges Grundelement der Politik des freien Europas. Es sei nachdrücklich betont: des freien Europas; denn es hieße ein wesentliches Element jeder auf die europäische Einigung gerichteten Politik, so wie

wir sie verstehen, verkennen, wenn man das Ziel der Bewahrung nicht nur von Frieden und Wohlfahrt, sondern selbstverständlich auch der Freiheit und der europäischen Kultur und Gesittung außer acht ließe. Nur wer diese Grundelemente der Europapolitik, die teils rationaler, teils idealer Natur sind, klar erkennt, wird die Entwicklung der Europapolitik des letzten Jahrzehnts richtig verstehen und würdigen.

Auf die Politik der Bundesregierung bezogen muß ergänzend hinzugefügt werden, daß diese auf die Einheit Europas gerichtete Politik nicht nur, wie soeben erwähnt, durch das Grundgesetz selbst vorgezeichnet wurde, sondern nach Lage der Dinge der einzig mögliche Weg war, zunächst wenigstens den größten Teil des deutschen Volkes als gleichberechtigtes Glied in die Gemeinschaft der freien Völker zurückzuführen.

Unsere Rückkehr in die Gemeinschaft der freien Völker

Die Stationen dieses Weges sind allgemein bekannt. Mit dem Hinweis auf die deutsche Mitgliedschaft in der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), auf die spätere Mitgliedschaft in der Europäischen Zahlungsunion (EZU), die Mitgliedschaft im Europarat, die Mitbegründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), den Abschluß der Pariser Verträge, die Mitbegründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und — als vorläufiger Krönung des europäischen Einigungswerkes — der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sind stichwortartig die Marksteine dieser Entwicklung genannt. Die mit den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 ermöglichte Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Westeuropäischen Union (WEU) und in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO) verweist trotz ihres durchaus nicht nur militärisch zu wertenden Charakters auf die unter dem Zwang der Verhältnisse geborene militärische Seite der Verbindung der Bundesrepublik mit dem freien Westen.

Worin bestand dieser Zwang der Verhältnisse? Es ist eine heute mitunter nicht mehr genügend beachtete Tatsache, daß in den Jahren zwischen 1945 und 1948 nicht weniger als sechs osteuropäische Staaten in kommunistische Satellitenstaaten Moskaus verwandelt wurden. Den Schlußstein dieser Entwicklung bildete der Staatsstreich von Prag im Februar 1948. Parallel dazu vollzog sich die systematische Sowjetisierung Mitteldeutschlands, mit dem auch durch den jüngsten sogenannten Friedensvorschlag der Sowjetunion wieder bestätigten Ziel, die sowjetische Besatzungszone zu einem Modell für ein kommunistisches Gesamtdeutschland zu machen.

Wenige Wochen nach dem kommunistischen Staatsstreich in Prag, am 20. März 1948, sprengten die Sowjets den Alliierten Kontrollrat für Deutschland. Am 24. Juni 1948 begann die Berliner Blockade.

Noch war damals im Westen die Erinnerung an die Schrecken des von Hitler entfesselten Krieges zu lebendig, um den Gedanken an eine Bündnisgemeinschaft, zumal eine sich auch auf das militärische Gebiet erstreckende Gemeinschaft, mit einer künftigen deutschen Regierung in den Bereich praktischer Überlegungen einzubeziehen. So enthielt noch der Brüsseler Fünf-Mächte-Pakt vom 17. März 1948, d. h. der Vorläufer der 1954 unter Beteiligung der Bundesrepublik geschaffenen Westeuropäischen Union, ebenso wie die große Zahl der von der Sowjetunion nach Kriegsende mit den osteuropäischen Staaten geschlossenen Freundschaftsverträge eine Klausel über die Sicherung gegen einen deutschen Angriff. Aber bereits der am 4. April 1949 unterzeichnete und im August 1949 in Kraft getretene Atlan-

tikpakt kennt einen solchen ausdrücklichen Hinweis auf die Möglichkeit eines deutschen Angriffs nicht mehr. Die Berliner Blockade mit dem in ihr zutage getretenen brutalen Machtanspruch der Sowjetunion hatte das Ihrige getan, um dem Westen klarzumachen, gegen welche Gefahren es sich in Wirklichkeit zu sichern galt und gilt. Es ist gewiß mehr als ein bloßer Zufall, daß dem Abschluß des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses das Ende der Berliner Blockade in kurzem Abstand folgte und daß die dem Abschluß dieses Bündnisses zugrunde liegende Parole: Bis hierher und nicht weiter! die Wirkung hatte, daß der sowjetischen Expansion jedenfalls im europäischen Bereich ein vorläufiges Ende gesetzt wurde.

Für eine europäische Zwischenbilanz muß in dieser Tatsache ein entscheidendes Aktivum gebucht werden. Freilich lag damals, wie gesagt, der Gedanke eines auch militärischen Bündnisses Deutschlands oder auch nur der Bundesrepublik Deutschland mit dem Westen noch nicht im Bereich der praktischen Politik. Zwar konnte die Bundesrepublik nach Gründung des Europarates diesem bald als assoziiertes, später als volles Mitglied beitreten. Hier handelte es sich aber ausschließlich um eine politische, kulturelle und in gewissem Sinne auch wirtschaftliche Verbindung mit der großen Zahl der freien europäischen Völker. Es bedurfte erst des Schocks des im Juni 1950 vom Zaun gebrochenen Koreakrieges, um den Gedanken eines deutschen militärischen Beitrags zu einem Teil der europäischen und atlantischen Politik zu machen. Dieser schließlich nach wechselvollen Entwicklungen — vor allem nach dem Scheitern des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) — in den Pariser Verträgen verankerte militärische Beitrag auf dem Wege über eine volle Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ist eine unausweichliche Begleiterscheinung der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem freien Westen. Er bildet aber — entgegen böswilligen Unterstellungen — keineswegs den Kern der Europapolitik der Bundesregierung. Dieser ist vielmehr in den zwischen 1949 und heute abgeschlossenen europäischen Abkommen vorwiegend wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art zu suchen.

Die Aktiv- und die Passivseite der europäischen Einigungsbestrebungen

Auf Einzelheiten muß ich in diesem Rahmen verzichten und mich auf die Feststellung beschränken, daß die auf diesem Felde unter dem Schirm der NATO erfolgte europäische Zusammenarbeit wesentlichen Anteil hat an der beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung nicht nur der Bundesrepublik, sondern der gesamten freien westlichen Welt. Die Entwicklung, die vor zehn Jahren eingeleitet worden ist, folgt ihrer eigenen Gesetzlichkeit. Die Daten, die eine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik gesetzt hat, sind nicht mehr zu annullieren. Darüber hinaus ist das Bewußtsein einer europäischen Solidarität — allen unvermeidlichen Spannungen bei dem Versuch einer Harmonisierung der Interessen zum Trotz — im Wachsen begriffen. Darin ist eine der wertvollsten Früchte der täglichen praktischen Zusammenarbeit der europäischen Völker innerhalb der verschiedenen europäischen Organisationen zu sehen. So festigt sich nach und nach das zunächst noch vage Gefühl, daß die europäischen Völker in Europa selbst, aber nicht nur auf den Kontinent beschränkt, eine gemeinsame Aufgabe zu lösen haben, und daß Europa mehr ist als ein geographischer Begriff und mehr als ein wirtschaftlicher Zweckverband.

Über diesen vorwiegend positiven Feststellungen kann und darf ich nicht verschweigen, daß einige der Blütenträume aus dem Mai der europäischen Einigungsbestre-

bungen nicht oder noch nicht gereift sind, vielleicht auch nie reifen werden, weil sie entweder ihrer Zeit vorausgeeilt sind oder wirklich nur Traumgespinste waren, die vor der rauhen, d. h. durch das nationale Eigenleben und die nationalen Antagonismen der europäischen Völker bestimmten Wirklichkeit nicht standhalten. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf den Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu verweisen, der bekanntlich durch die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung am 31. August 1954 zu Fall gebracht wurde. Aber gerade diese schwerste Enttäuschung für viele Anhänger einer möglichst weitgehenden europäischen Integration hat, vor allem dank der Bemühungen der britischen Regierung, gezeigt, daß das freie Europa die Kraft und den Willen besitzt, auch schwere Rückschläge auf dem Wege zur europäischen Zusammenarbeit zu überwinden. So erwachsen z. B. aus dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die im Herbst 1954 in London beschlossene Umwandlung des Brüsseler Paktes in die nunmehr die Bundesrepublik einbeziehende Westeuropäische Union und die Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft. Im Rahmen dieser beiden Organisationen vollzieht sich, dem oberflächlichen Betrachter kaum erkennbar, eine Angleichung und Zusammenarbeit der Partnerstaaten, die in anderen, den nationalen Traditionen mehr Spielraum lassenden Formen an vieles von dem anknüpft, was mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beabsichtigt war.

Gleichfalls auf der Passivseite der europäischen Einigungsbestrebungen muß das einstweilige Scheitern der Versuche zur Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) gebucht werden. Es kann aber festgestellt werden, daß der Verfassungsausschuß der sogenannten Ad-hoc-Versammlung (zu der sich die Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion konstituiert hatten) Grundvorstellungen und Prinzipien zu formulieren versuchte, die in den späteren praktischen Lösungen ihren Niederschlag gefunden haben und wohl auch für künftige praktische Lösungen gewissermaßen als Modell dienen werden. Die Arbeit dieses Verfassungsausschusses stellt somit einen geistigen Durchbruch dar, der, seiner Zeit weit vorausseilend, dennoch eine Richtung angab, in die die Entwicklung fortschreitend einmündet. Möglicherweise werden in Zukunft die mehr genossenschaftlichen Tendenzen beim Bau Europas über die auf eine gemeinsame Verfassung gerichteten die Oberhand gewinnen. So bedeutet z. B. die im vergangenen Jahr in Frankreich vollzogene politische Neuordnung eine weitere Abkehr von der ursprünglich besonders von französischer Seite erhobenen Forderung supranationaler Behörden. Andererseits ließen gerade die im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes ergriffenen unpopulären Wirtschaftsmaßnahmen der französischen Regierung erkennen, daß eine mit Autorität ausgestattete, angeblich weniger europäische Regierung europäischer handeln kann, als eine durch unaufhörlich wechselnde parlamentarische Mehrheiten gefährdete und darum in ihrem Handeln gelähmte Regierung.

Auch ein Vergleich zwischen der Montanunion auf der einen und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wie der Europäischen Atomgemeinschaft auf der anderen Seite zeigt, daß der supranationale Gedanke in den europäischen Einigungsbestrebungen jedenfalls vorläufig in den Hintergrund getreten ist. Europa kommt auf vielen Wegen. Es wäre falsch, sich an ganz bestimmte Formen zu klammern.

Unter den Passiva sind schließlich die Schwierigkeiten zu nennen, denen die Montanunion derzeit bei der Behandlung der Absatzkrise für die Kohle begegnet; ferner die noch nicht ausgetragenen Meinungsverschieden-

heiten zwischen den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den übrigen sogenannten OEEC-Staaten. Sichere Voraussagen lassen sich hier nicht machen. Aber allein die Tatsache, daß alle Beteiligten nach wie vor ernsthaft um einen Ausweg aus den augenblicklichen Schwierigkeiten bemüht sind, scheint die Hoffnung zu rechtfertigen, daß auch hier eine befriedigende Lösung gefunden werden kann.

Der Weg nach Europa und die deutsche Wiedervereinigung

Gegner der Europapolitik der Bundesregierung begründen ihre Opposition nicht selten mit der Behauptung, die Politik der europäischen Einigung stehe im Widerspruch zu dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung. Dabei wird dann bisweilen das trügerische Schlagwort gebraucht: das deutsche Hemd müsse uns näher sitzen als der europäische Rock. Wer so argumentiert, scheint sich der Alternative, vor die unsere Politik gestellt ist, nicht bewußt zu sein und somit auch nicht der Gefahr, daß sich aus einer Politik der Isolierung vom freiheitlichen Westen sehr rasch die rote Zwangsjacke für uns alle ergeben könnte.

Die Skeptiker gegenüber der Europapolitik übergehen im übrigen meist großzügig die Tatsache, daß wir bereits eine deutsche Wiedervereinigung erlebt haben, die nur als Frucht dieser Politik denkbar war: die Heimkehr der Saar. Hier gab es freie, international kontrollierte Wahlen, hier gab es die Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, d. h. die Verwirklichung eines Rechts, von dem in sowjetischen Noten zwar sehr viel zu lesen steht, das aber auf das deutsche Volk, dem man freie, gesamtdeutsche Wahlen verwehrt, offenbar keine Anwendung finden soll.

Es wird heute meist nicht mehr erkannt oder beachtet, daß dieser Erfolg, wie so mancher andere, aus der Perspektive der ersten Nachkriegszeit keineswegs selbstverständlich war. Wir haben den Krieg nicht nur der Sowjetunion gegenüber verloren, sondern auch gegenüber den Westmächten. Auch diese fühlten sich als Sieger, auch sie waren Versuchungen ausgesetzt, denen jeder Sieger, zumal nach einem so beispiellos hart geführten Ringen wie dem des zweiten Weltkrieges, ausgesetzt ist. Auch im Westen gab es Haß und Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk, und die Furcht vor seinen nationalen Tugenden und Schwächen. Auch hier in Westdeutschland fühlten wir zunächst die harte Faust des Siegers.

Vergessen wir auch nicht, daß die Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam ja nicht aus sowjetischen

Monologen bestanden, sondern Ost-West-Konferenzen darstellten, bei denen dem Westen wie dem Osten die Niederkämpfung und später die Niederhaltung Deutschlands als oberste Richtschnur galt. Erst wenn man sich dieser Tatsachen erinnert, kann man den weiten Weg ermessen, den die Bundesrepublik mit ihrer Politik der Zusammenarbeit mit dem freien Westen, nicht zuletzt mit ihren westlichen Nachbarn in Europa, zurückgelegt hat. Das gerade jetzt verstärkt zutage tretende sowjetische Bemühen, im westlichen Lager wieder die Kriegserinnerungen lebendig zu machen, unterstreicht diese Feststellung.

Es spricht sich so leicht aus, aber es ist etwas Großes, daß es der geduldrigen, auf Ausgleich und Zusammenarbeit bedachten Politik der Bundesregierung gelungen ist, die zunächst unüberwindlich erscheinenden Berge des Mißtrauens nach und nach abzutragen und die Bundesrepublik als die fast überall anerkannte alleinige Sprecherin des deutschen Volkes in den Kreis der Nationen einzuführen.

Wenn diese Politik die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Landes bisher noch nicht gebracht hat, so sollte man dafür nicht sie verantwortlich machen, sondern jene Macht, die das deutsche Volk insgesamt im Zeichen von Hammer und Sichel einem ihm wesensfremden, seiner geschichtlichen und kulturellen Tradition widersprechenden Zwangsregime unterwerfen will. Daß dies bisher verhindert werden konnte, wiegt schwer in unserer Zwischenbilanz; denn nur die Tatsache, daß es überhaupt einen freien Teil Deutschlands gibt, läßt die Hoffnung offen, daß es früher oder später doch ein freies Gesamtdeutschland geben wird. Hüten wir uns gerade in diesen bewegten, ja bedrohlichen Zeiten davor, leichtfertig oder kleingläubig das Kapital zu verschleudern, das unerläßlich ist, wenn das Haus der deutschen Einheit auf soliden Fundamenten errichtet und nicht zum Kerker für 70 Millionen Deutsche werden soll. Zu diesem Kapital gehört nicht zuletzt das Vertrauen, das der freie Westen in uns als eine seine Freiheit über alles stellende Nation setzt. Einheit und Freiheit auf soliden Fundamenten, darum geht es bei der Wiedervereinigung! Was nützte die Einheit, wenn sie sich als eine Einheit von Kerkergenossen erwiese. Was nützte letztlich auch die Einheit mit einem prekären Maße an Freiheit, wenn diese sich als Freiheit in Schwäche erwiese, das heißt, wenn die ohnehin durch allerlei Kontrollen gestutzte „Freiheit“ in ständiger Gefahr schwebte, in Raten oder auf einmal dem Druck der Kräfte der Unfreiheit zu erliegen?

Es ist eines der wertvollsten Ergebnisse der Europapolitik, nicht zuletzt der politischen Aussprachen im Rahmen des Europarates, daß der unlösliche Zusammenhang zwischen den Problemen Freiheit, Sicherheit und Wiedervereinigung von der freien westlichen Welt erkannt und anerkannt wurde. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die bekannte Entschließung 87 der Beratenden Versammlung des Europarates von 1955 — dem Jahr der Genfer Konferenzen — über eine gemeinsame europäische Politik bei den künftigen Ost-West-Konferenzen, ferner an ähnliche Kundgebungen der Staaten des Nordatlantikpakts und schließlich an die jüngsten Erklärungen des NATO-Rates und des Europarates zur Berlin-Frage vom Dezember 1958 und Januar 1959.

Um sich der Bedeutung der auf eine enge Verbindung mit dem freien Westen ausgerichteten Politik bewußt zu werden, braucht man sich nur den sowjetischen Vorschlag eines sogenannten Friedensvertrages anzusehen und die Frage zu stellen, was wohl das Schicksal Gesamtdeutschlands in naher Zukunft sein würde, wenn wir Deutschen uns auf uns allein gestellt mit den sowjetischen Forderungen auseinandersetzen müßten.

DIESER AUSGABE

ist eine Zahlkarte beigelegt. Wer seinen Unkostenbeitrag in Höhe von DM 5,— für den Bezug der „Evangelischen Verantwortung“ im laufenden Jahre noch nicht überwiesen hat, wird freundlich gebeten, sich ihrer zu bedienen. Wer einen höheren Beitrag zu leisten vermag, fördert damit die weitere Verbreitung unseres Blattes.

Für alle Überweisungen danken schon im voraus

Herausgeber und Verlag

"IN DER NOTLAGE UNSERER KIRCHE HILFE LEISTEN . . ."

Ziele des Rheinischen Konvents

von Superintendent Heinrich Höhler

Bei nachstehendem Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus dem Referat von Heinrich Höhler, 51, Superintendent des Kirchenkreises Wuppertal-Elberfeld, auf der Theologischen Tagung des Rheinischen Konvents am 18. und 19. Januar 1959 in Düsseldorf. Der volle Wortlaut dieses Referates erscheint zusammen mit den drei weiteren Grundsatzreferaten der Tagung (Oberkirchenrat Wilkens, Hannover: „Was heißt: Politischer Gottesdienst?“, Professor Dr. Jacobs, Münster: „Die politische Predigt in der evangelischen Kirche“, Professor D. Dr. Künneth, Erlangen: „Glaubensentscheidung — Ermessensfragen“) in Kürze in einer Broschüre des Evangelischen Verlagswerkes, Stuttgart.

Superintendent Höhler ist Mitbegründer des Rheinischen Konvents. Er wurde bekannt durch zahlreiche Publikationen zu Fragen der Theologie und Kirchenordnung (u. a.: „Was hat die Kirche zu den Atomwaffen zu sagen?“). Am zweiten Weltkrieg hat Superintendent Höhler als Leutnant teilgenommen. Ende 1947 kehrte er aus zweieinhalbjähriger russischer Kriegsgefangenschaft zurück.

. . . In der Notlage unserer Kirche, in ihrer Verlegenheit, bei der Verworrenheit der Stimmen, die aus ihr laut werden, möchten wir Hilfe leisten. Der Rheinische Konvent ist also ein Ergebnis der Notlage unserer Kirche. Er könnte wohl entbehrt werden, wenn diese Notlage nicht bestünde. Aber heute kann es nicht länger so weitergehen, daß nur eine Seite in sehr einseitiger Weise das Wort nimmt zu den Lebensfragen der Kirche und des Volkes. Unsere Verantwortung, von der wir uns nicht selber entbinden können, läßt es nicht zu, daß wir weiter schweigen. Vor allen Dingen kann es nicht weiter hingenommen werden, daß eine Gruppe in der Kirche auftritt mit dem Anspruch, dort allein werde recht geredet und gehorcht, dort allein werde Christus recht verkündigt und alle, die nicht auf dieser Seite stünden, seien Verleugner. Wer so redet und handelt, verletzt nicht nur Gewissen. Er riskiert auch die Spaltung der Kirche. Auf jeden Fall entstehen durch solches Vorgehen Risse, werden schlimme Wunden neu aufgerissen. Darüber wird die evangelische Kirche schwach und krank. Sie erscheint als eine fragwürdige, streitende und darum abstoßende Kirche, wo doch nichts nötiger ist, als daß wir alle Kräfte zusammenfassen und uns miteinander den wirklichen Problemen der Zeit zuwenden, um so unserem Volk zu Hilfe zu kommen . . .

I.

Wir wollen darauf hinwirken, daß die evangelische Kirche ihren eigentlichen Auftrag neu erkennt und ihn recht wahrnimmt.

Es mag anmaßungsvoll klingen, wenn wir sagen, die evangelische Kirche müsse ihren Grundauftrag neu erkennen. Aber geben wir uns Rechenschaft: Welches war die Frage Nummer eins, die die Synoden und Zusammenkünfte innerhalb der evangelischen Kirche in den letzten Jahren bewegt hat? Was hat viele Pastoren in Atem gehalten und zu Reisen veranlaßt? Womit haben sich Presbyterien und Pfarrkonvente auseinandergesetzt? Ein besonderes Beispiel war die letzte Tagung der Synode der EKD: Die Erziehungsfrage, in der es um brennendste Probleme ging, wurde zurückgestellt hinter die Erörterung der Anfrage der „Kirchlichen Bruderschaften“. Und so war es auch bei anderen Gelegenheiten auf anderen Tagungen. In welchem Punkte war die Kirche in den letzten Monaten aufregend und interessant? Wozu erhob sie ihre Stimme? In der Zeitung „Die Welt“ vom 9. Januar 1959 schrieb Bernt Conrad in einem Aufsatz „Wolken über der Kirche“:

„Wenn die evangelische Kirche in der Bundesrepublik schon einmal mit einer aufwühlenden Debatte an die Öffentlichkeit tritt, dann handelt es sich um politische Fragen wie Atombewaffnung oder Militärseelsorge.“

Daß es landauf, landab in den letzten Monaten so geschah, war ja nun kein Zufall, keine zeitweise Ab-

irrung vom eigentlichen Thema. Wir wollen nicht übersehen, daß deutlich proklamiert wird, den Herrn Christus verkündigen heiße heute: die Aktion gegen den Atomtod und die Bewegung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr zu unterstützen. In diesem Sinne hat Niemöller in der Schrift „Wo steht die Kirche 1958?“ geschrieben: die Kirche müsse „den Willen ihres Herrn im politischen Raum proklamieren“. Das ist es auch, was in den Kreisen der „Kirchlichen Bruderschaften“ mit dem Schlagwort „Konkretisierung der Predigt“ gemeint ist: die konkrete Sache ist die Atomfrage, die allein mögliche christliche Antwort das Nein.

So hat Niemöller auf der letzten Tagung der Synode von Hessen-Nassau gesagt, er übe das Amt der Verkündigung aus, wenn er in der Atomsache rede. Das ist auch der Trend der „Theologischen Erklärung“ der Bruderschaften in Frankfurt vom Oktober 1958. Es wird die Frage gestellt: „Was heißt Jesus Christus in der Atombedrohung der Welt zu bekennen?“ Nun, wir denken, Jesus Christus heute bekennen heißt zunächst und zuoberst nichts anderes, als ihn zu bekennen, wie er bekannt wurde unter den römischen Cäsaren durch die frühe Christenheit, unter dem Papst durch die Reformatoren, an den Wasserflüssen Babylons von Israel, unter den Baalspaffen von Elia: daß er dem Tode die Macht genommen hat, daß alle, die an ihn glauben, in diesem Glauben das ewige Leben haben, daß weder Tod noch Leben, weder Pankow noch Bonn noch Moskau, weder die Dollars noch die Atombomben noch die Herzinfarkte uns scheiden können von diesem ewigen Leben. Das ist vielleicht eine etwas sonderbare Konkretisierung und Aktualisierung, aber die Frage ist, ob wir damit die Mitte des Evangeliums genannt haben, und dann weiter, ob die Kirche diesen Auftrag heute erfüllt.

Bestimmte Kreise werden darauf antworten: Ja, so sei es, aber es müsse daraus sofort ein bestimmter Gehorsam erwachsen, eine bestimmte ethische Konsequenz. Nun wird sicher aus der Verkündigung des Namens Jesu Christi, seiner Erlösung und seiner Herrschaft, augenblicklich etwas erwachsen. Die Botschaft von der Liebe Gottes wird ganz sicher, wo sie aufgenommen wird, für die Probleme dieser Welt konkrete Auswirkungen haben. Sie wird nämlich den Geist bestimmen, in dem die Menschen miteinander umgehen, in dem sie dann Innenpolitik, Außenpolitik und Militärpolitik machen. Es wird sich, wo das Evangelium verkündigt wird, sofort herausstellen, daß nicht ein beliebiges Leben neben diesem Glauben bestehen kann. Also: Wir sehen die Predigt von der Versöhnung, die in Jesus Christus geschah, als den Grundauftrag der Kirche an, und wir wissen nichts Besseres, als den Menschen mit dieser Botschaft zuzurüsten für das ewige Leben und ihm Hilfe zu leisten für das irdische Leben.

Es gibt aber eine moderne Theologie, deren Wortführer Barth und Niemöller sind. Die Vertreter

Karl Barth in seinem „Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik“ äußert. Wir lesen (S. 9), „daß ich (Barth) zum Geist und zur Sprache, zu den Methoden und Praktiken des bei Ihnen (in der „DDR“) herrschenden Systems so wenig ja sagen kann wie zu den Mächten und Gewalten, die hier im Westen über uns sind“. Das ist also ein glattes Nein zu den Obrigkeiten der westlichen Welt. Aber wie ist das möglich? Ist das dem Christen erlaubt? Wo existiert man mit einer solchen Verneinung? Und worin besteht das Schuldkonto der frei gewählten, beliebiger Kritik ausgesetzten, demokratischen Einrichtungen der westlichen Welt? Beunruhigt Barth etwa die unglaubliche, manchmal beängstigende Freiheit, die diese Obrigkeiten lassen, zu drucken, zu sagen — auch gegen sie —, was Barth und Niemöller und andere nur immer wollen? Nein, das ist nicht der Grund für die Verneinung. Barth schreibt: er möchte nicht von Leuten im Westen gelobt werden, die er „für die notorisch schlimmen Feinde aller Wahrheit, aller Gerechtigkeit, allen Friedens“ halte. Täuschen wir uns, wenn wir vermuten, daß damit die Adenauer-Obrigkeit gemeint ist? Ist das die „ehrfürchtige Anerkennung“, von der man in Barmen sprach? Karl Barth behauptet (S. 13): die „Botschaft von Christus“ sei dem Westen „im Grunde vielleicht noch widriger und peinlicher“ als dem Osten. Damit, daß der Osten besser wekommt als der Westen, hängt es wohl zusammen, daß Barth rät (S. 21), „es streng zu vermeiden“, den „Machhabern auf der von ihnen leider gewählten Ebene entgegentreten und entgegenwirken zu wollen“. Wie aber, wenn die Obrigkeit im Osten die Ebene verlassen hätte, die ihr von Gott zugewiesen ist, wenn sie der Kirche entgegenträte auf dem Felde, das Gott dieser befohlen hat und von dem man sich nur als Mietling wegstellen könnte? Wie sieht es um diesen Rat praktisch aus, wenn es um das Geldwesen der Kirche, um Konfirmation und Jugendweihe geht?

Barth redet noch deutlicher (S. 32): Man darf auch nicht um die Befreiung von der östlichen Obrigkeit beten, die gegenwärtig (S. 33) ein „göttliches Liebeswerk“ gegen die Kirche ausübt, denn man könnte „schrecklich erhört“ werden, nämlich indem die Menschen der „DDR“ womöglich unter eine Adenauer-Regierung gerieten. Was ist das für ein befremdlicher Rat, für eine ungeheuerliche Selbstbescheidung der Kirche; zumal es doch die gleichen Ratgeber den westlichen Regierungen gegenüber — wie die Anti-Atom-Kampagne beweist — ganz anders halten? Meinen die „Kirchlichen Bruderschaften“ wirklich, daß sie den Obrigkeiten im Westen nicht auf deren Ebene entgegentreten? Kann man die Vorgänge in der „DDR“ so verharmlosen, trotz der Fürbittlisten, die jeden Monat kommen, trotz der unbestreitbaren Tatsache, daß man das Ende des Christentums will und mit allen Mitteln — von der Entziehung des Geldes bis zur Behinderung des kirchlichen Unterrichts — das Christentum austrocknet? Der Christ in der „DDR“ — so sagt Barth und so sagen seine Freunde — muß sich schicken, er darf keinen Widerstand leisten, noch nicht einmal am noch verbliebenen Bestand kirchlicher Organisation festhalten. Man muß sogar über den Westen schlechter denken als über den Osten.

Bei welchen Deutschen steht unsere Kirche mit solchen Äußerungen? Bei der CDU doch offenkundig nicht. Aber bei der SPD doch offensichtlich auch nicht. Steht sie denn damit bei der Wahrheit und beim Recht? Welch einen abseitigen, vom Gerechtigkeitsempfinden, von der Wahrheit und von der Not des Volkes weit entfernten Platz hat die Kirche, wenn die Männer durchdringen, deren Stimmen wir gehört haben! Dürfen sie so den Ort der Kirche in unserem Volk bestimmen?

Wir sagen nicht, der Rheinische Konvent wolle die Kirche auf Adenauer-Kurs bringen. Es sagt die Unwahrheit, wer

uns das unterstellt. Wir sagen auch nicht, die Linie des Evangelischen Arbeitskreises der CDU bestimme unsere Richtung. Es wäre eine Fälschung, uns das nachzusagen. Wir sagen auch nicht, die Kirche müsse gegenüber der SPD mißtrauisch sein; aber wir betrachten auch nicht die SPD als den gegenwärtig eigentlichen Halt der evangelischen Kirche. Insgesamt: Wir wünschen keine Politik in der Kirche, im Osten nicht und im Westen nicht. Wir möchten es auch streng vermeiden, daß die Kirchen der Bundesrepublik zum Arsenal gegen die Machthaber in der „DDR“ mißbraucht werden. Wir nehmen auf uns die Sorge, daß unsere Kirche einen guten, wahrhaftigen Ort in unserem Volk findet, so daß von ihr Hilfe und Heilung ausgehen kann. Dazu gehört viel mehr als die Auseinandersetzung mit dem Ost-West-Problem. Dazu gehört sehr dringlich eine rechte, dem Evangelium gemäße Auseinandersetzung mit den Problemen der westlichen Welt. Vor allen Dingen muß die Kirche neu erkennen, welchen Dienst sie ihrem Volk schuldet. Das alles ist viel dringlicher, als die Synoden der evangelischen Kirche mit Stellungnahmen zur Atomfrage zu befassen.

IV.

Der kirchliche Mißbrauch des Atomproblems darf nicht weiter geschehen.

Wir verharmlosen die Gefahren nicht, die durch die Erprobung der Atomwaffen und durch die Atombombenlager bestehen. Nur mit tiefem Erschrecken, nein, mit Abscheu kann man die Möglichkeit bedenken, daß es zu einem Krieg mit Atomwaffen käme. Aber wir können es in dieser gefährlichen Weltlage nicht für eine Verleugnung des Glaubens erklären, wenn eine verantwortungsbewußte Obrigkeit sich fragt, ob sie ihrer Schutzpflicht gerecht werden kann, wenn sie auf Atomwaffen verzichtet. Mit großer Sorgfalt, aber auch mit heiligem Eifer müssen Wege gesucht werden, die ungeheuerlichen Gefahren abzuwehren. Illusionär erscheint uns freilich Grübers Forderung auf einer Kundgebung in Berlin am 4. Januar: man müsse das Freund-Feind-Schema aufgeben. Das ist sicher eine unumgängliche Forderung an den Christen, aber das kann man nicht zum Grundsatz der Politik erheben, wenn man als Obrigkeit den Auftrag hat, unter „Androhung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“ — wie in Barmen gesagt wurde. Was die Kirche in dieser Sache tun darf und tun kann, ist dies:

1. Sie muß unablässig zu Frieden und Verständigung auf dem Boden der Wahrheit mahnen.
2. Sie muß ihre Glieder auffordern, mit ihrem an Gottes Wort gebundenen Gewissen in der Politik mitzuarbeiten und sich nicht von ihr zu distanzieren.
3. Sie soll das löbliche Vorbild des schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes vor Augen halten, über dessen Beratungen die „Neue Zürcher Zeitung“ am 4. Dezember 1958 berichtete: „Die Versammlung hat... den Gedanken von sich gewiesen, daß das Ja oder das Nein zur atomaren Bewaffnung eine Bekenntnisfrage des Christen sei und daß Christen aus Glaubensgründen für dieses oder jenes verpflichtet werden dürfen.“

Was uns am Vorgehen der „Kirchlichen Bruderschaften“ in der Atomfrage erregt und unseren entschiedenen Widerspruch herausfordert, ist nicht die Meinung, der Frieden der Welt könne eher gewonnen und besser bewahrt werden, wenn Westdeutschland auf Atomwaffen verzichte... Was unseren entschiedenen Widerspruch herausfordert, sind drei Tatsachen:

1. daß man sagt, dem Christen sei nur das Nein möglich;
2. daß man sagt, wer das Nein nicht mitspreche, sei ein Verleugner des christlichen Glaubens;
3. daß damit die Kirche politische Entscheidungen fällt.

„IHR SOLLT MEIN VOLK SEIN“

Betrachtungen zum diesjährigen Kirchentag

von Dr. Nicolaus v. Grote

Der Verfasser wird unseren Lesern durch seinen zusammenfassenden Aufsatz über den Frankfurter Kirchentag („Evangelische Verantwortung“ Nr. 8/9, 1956, S. 7 f.) in Erinnerung sein. Er ist Mitglied der Präsidialversammlung und, seit vielen Jahren, Vorsitzender des Publizistischen Arbeitskreises des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Auch beim diesjährigen Kirchentag in München wird er das Pressequartier leiten. — Dr. Nicolaus v. Grote ist seit 1921 publizistisch tätig. Die journalistische Laufbahn des 1897 in St. Petersburg geborenen Balten begann in Reval, weitere Stationen sind Berlin, Rom, Paris, Bochum, Düsseldorf und Köln.

Zum 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 12. bis 16. August 1959 in München werden jetzt die Einladungen hinausgeschickt. Die letzte große evangelische Laienversammlung haben wir als 7. Kirchentag in Frankfurt erlebt. Das Präsidium hat sich aber für berechtigt gehalten, die vielen regionalen Kirchentagsveranstaltungen, die anstelle des für Erfurt und Umgebung geplanten, aber verhinderten Kirchentages im Jahre 1957 landauf, landab in Mitteldeutschland und in der Bundesrepublik in hohem Maße evangelische Verantwortung und christliches Gemeinschaftsbewußtsein bekundeten, als 8. Deutschen Evangelischen Kirchentag zu werten und unter dieser Sammelbezeichnung in die nunmehr zehnjährige Kirchentagsbewegung einzureihen. Zu diesem Beschluß kam es nicht zuletzt unter dem Eindruck des Berliner Herbsttreffens von Delegierten aus den Bereichen aller Landeskirchen im gleichen Jahre. Ihr Begegnungsgespräch in kleinen Kreisen hatte damals eine überraschende Tiefe und empfahl sich dadurch dem Kirchentag als neue Form des gegenseitigen Besuchs.

Keine religiöse Verbrämung nationaler Probleme

Ob der diesjährige Kirchentag wieder gesamtdeutschen Charakter haben wird, kann zur Zeit noch nicht sicher gesagt werden. Die Teilnahme an den großen evangelischen Laienkundgebungen im Westen wird den Brüdern und Schwestern aus Mitteldeutschland jeweils völlig unabhängig von der Leitung des Kirchentages genehmigt oder verboten. Für den Essener Kirchentag (1950) wurden seinerzeit 2000 Pässe von Christen aus der Sowjetzone beantragt, aber nur wenige genehmigt. Der Berliner Kirchentag (1951) entsprach dagegen ganz der Losung: „Wir sind doch Brüder“. Der Stuttgarter Kirchentag (1952) war in dieser Hinsicht wieder eine Enttäuschung. Nach Hamburg (1953) durften Tausende aus Mitteldeutschland kommen. Leipzig (1954) war dann ein neuer Höhepunkt der Begegnung über die trennenden Grenzen hinweg. Und auch in Frankfurt (1956) erfreute sich der Kirchentag einer regen Beteiligung von drüben. Politische Spannungen belasten nun die Hoffnung auf ein Wiedersehen in München.

Aber der Kirchentag erschöpft sich nicht in West-Ost-Kontakten, die nationale Empfindungen mitschwingen lassen. Er ist zwar deutsch, weil er in Deutschland entstanden ist und hier zusammentritt, aber die theologischen, sozialen und politischen Fragen, die er behandelt, sind aktuell für die ganze christliche Welt. „Was nur bei uns wahr wäre, wäre allenfalls eine religiöse Verbrämung nationaler Probleme“, sagte der geschäftsführende Generalsekretär des Kirchentages, Dr. Hans Hermann Walz, der ein Fachmann der ökumenischen Zusammenarbeit ist.

Zum erstenmal in der Diaspora

Der Deutsche Evangelische Kirchentag, der in Abstimmung mit dem Katholikentag jetzt immer auf die ungeraden Jahre fällt, ist in unserem Vaterland von West nach Ost, von Süd nach Nord gezogen und wird nun zum erstenmal im Südosten der Bundesrepublik seine

Zelte aufschlagen. Inzwischen hat er längst Nachahmung im Ausland gefunden, und damit hat sich bestätigt, daß er zu Unrecht evangelisch heißen würde, wäre er nicht gleichzeitig ökumenisch. Die Losung, die er sich für die bevorstehende Versammlung in München gewählt hat, lautet: „Ihr sollt mein Volk sein“; sie erinnert an den Anspruch Gottes auf die Menschen, denen eine wissenschaftlich angeblich unfehlbare Ideologie heute weismachen will, daß es keinen Gott gäbe, da von Menschen erfundene Raketen ungehindert durch Seine Himmelsbahnen ziehen.

Eines der besonderen Kennzeichen der Münchner Versammlung ist, daß der Kirchentag damit erstmals in der evangelischen Diaspora stattfindet. Die Tradition seines gutnachbarlichen Verhältnisses zum Katholikentag und die konfessionell nicht zu begrenzende Losung läßt die gegenseitige Hilfeleistung bei den abwechselnden großen Treffen, die 1951/52 in Berlin sogar unter demselben monumentalen Kreuz erfolgten, auch diesmal wieder sehr wirksam sein. Es bedurfte nicht des aktuellen Konzilthemas, um Christen beider Konfessionen daran zu erinnern, daß sie einen Herren, aber auch einen gemeinsamen Gegner haben.

Ein weiteres Charakteristikum des 9. Kirchentages ist, daß er angestoßen durch die Ergebnisse des vorjährigen Kirchentagskongresses in Hamburg, der sich mit der heutigen Wirklichkeit auseinandergesetzt hat, in zehn Arbeitsgruppen (bisher waren es vier bis sieben, meist sechs) sehr zeitnahe Fragen behandeln wird. Damit kann er allerdings der weitverbreiteten Sehnsucht nach konkreten Direktiven nur unvollkommen entsprechen; er wird aber wenigstens zur sachlichen Meinungsbildung in einer Reihe von wichtigen Problemen beitragen können, die den Gruppen: „Das Wort“, „Die Gemeinde“, „Die Kirche“, „Die Diaspora“, „Die Familie“, „Der Staat“, „Die Wirtschaft“, „Der Mensch“, „Die Massenmedien“, „Die Ökumene“ zugeordnet sind.

30 erregende Themen

In dem Vorbereitungsheft zum Kirchentag, das die Federführung von Pastor Heinrich Giesen verrät, sind 30 Themen des vorläufigen Programms aufgeführt. Diese Überschriften für die Tagesarbeit der einzelnen Gruppen deuten an, welche erregenden Fragen zu beantworten sind: „Was macht den Menschen so stumpf?“ — „Soll die Kirche mehr Autorität haben?“ — „In römisch-katholischer Nachbarschaft“ — „Eine heilige christliche Kirche - wann?“ — „Wenn Christen politische Gegner sind . . .“ — „Wann wird Leistung zum Götzendienst?“ — „Der Mensch im Banne von Radio und Fernsehen“ usw. Der Kirchentag wird sich vermutlich nicht darauf einlassen, hierzu „Worte“ zu formulieren, wie sie die kirchlichen Synoden vielleicht zu wenig sparsam beschließen. Weil er weiß, daß Glaubensfragen von Ermessensfragen zu trennen sind, kann er unbekümmert seine Teilnehmer in eigener Verantwortung Stellung nehmen lassen.

Daß sich der Kirchentag in breiter Front den Problemen der Welt stellt, macht ihn angesichts der großen Zahl

von Menschen, die er auf die Beine bringt, zu einem Politikum. Er ist es ebenfalls dadurch, daß er jeder Erstarrung eine heilsame Unruhe entgegensetzt. Die Stärke dieser evangelischen Laienbewegung liegt darin, daß sie sich auf der Suche nach einem Leben in christlicher Verantwortung befindet. Der Kirchentag ist ein Politikum wegen seiner Ausstrahlungskraft, er kann es aber nur so lange bleiben, als er selbst keine Politik treibt. Und das ist ihm bewußt. Er will nur Bewegung sein, eine Bewegung glaubender Laien.

Eine Bewegung glaubender Laien

Den Plan, in der heutigen, von Gottlosigkeit und Materialismus angefochtenen Welt wieder einen Kirchentag ins Leben zu rufen und damit an die Aktivität Johann Hinrich Wicherns vor hundert Jahren und an die Evangelischen Wochen der Vorkriegszeit anzuknüpfen, faßte der Laie Reinold v. Thadden-Trieglaff in der geistigen und physischen Notzeit seiner Gefangenschaft im Norden der Sowjetunion. Als Laienbewegung wurde der Deutsche Evangelische Kirchentag gegründet, jedoch nicht neben der Kirche oder gar im Gegensatz zu ihr, sondern mit und in der Kirche. Freilich wurde und wird hierbei die Kirche weniger in ihrer Ausprägung in 27 verschiedene Landeskirchen, Hunderte von Kirchenkreisen und Tausende von Ortsgemeinden verstanden, als in ihrer Ökumenizität, die nicht an Grenzen gebunden ist, innerhalb derer die Hierarchien einzelner Kirchenverfassungen gültig sind.

Diese Vorstellung verband sich jedoch immer mit der Erkenntnis, daß fürs erste die Ortsgemeinde doch noch den normalen — wenn auch vielfach ungenügenden — Fall von Kirche darstellt. Daher hat der Kirchentag von vornherein auf die Zusammenarbeit mit diesen Gemeinden, mit den Superintendenturen oder Dekanaten sowie den Landeskirchenleitungen Wert gelegt. Da er zwar über Landesausschüsse, indes nicht über weitverzweigte Untergliederungen verfügt, ist die Mitwirkung der Gemeinden für ihn von großer Bedeutung. Nur selten ist der Kirchentag als Konkurrenz gemeindlicher Aktivität mißverstanden worden. Eher konnte man gelegentlich den Eindruck haben, als würde in höheren kirchlichen Gremien die neue Chance, die die evangelische Laienbewegung der missionierenden Kirche bietet, in ihrer Tragweite unterschätzt.

Im allgemeinen ist die Zusammenarbeit des Kirchentages mit der verfaßten Kirche gut und fruchtbar. Besonders eng ist sie in der Vorbereitung des kommenden Kirchentages mit der bayerischen Landeskirche und ihren Gemeinden. Man darf feststellen, daß ein Kirchentag sich noch nie einer so ins einzelne gehenden Förderung durch die gastgebende Kirche erfreuen konnte. Das bezieht sich sowohl auf die inhaltliche Gestaltung als auch auf die Planung des äußeren Ablaufs. Auf allen evangelischen Pfarrämtern Bayerns werden zum Beispiel den Gemeindegliedern Sparkarten für den Kirchentag angeboten. Wer die Kosten der Teilnahme nicht auf einmal aufzubringen vermag, kann das finanzielle Opfer auf einen längeren Zeitraum verteilen, indem er Sparmarken erwirbt, sie in die Karten klebt und abstempeln läßt. Diejenigen, die dazu imstande sind, werden angehalten, Sparkarten für Minderbemittelte anzulegen. Auch auf solche Weise ist der Kirchentag bemüht, Laien der verschiedensten Berufsstände in Stadt und Land für eine gemeinsame Aufgabe zu erwärmen. In diesem Bestreben verbinden sich innerhalb des Kirchentages Laien und Pfarrer.

Die improvisierte Großgemeinde

Die Kirchentagsbewegung schafft überdies die improvisierte Großgemeinde. Über den Arbeitsgruppen mit ihren Referaten und Diskussionen und den mannigfaltigen kulturellen Veranstaltungen der einzelnen Kirchen-

tage ist nicht zu vergessen, daß sie Hunderttausende, ja — wenn man die innerlich beteiligten Rundfunkhörer und Fernsehgäste mitzählt — Millionen von Gläubigen zu simultanen Gottesdiensten zusammenfassen. Die Wirkungsmöglichkeiten eines von so viel Zungen mitgesprochenen und damit Öffentlichkeitscharakter annehmenden Gebetes in der spannungsgeladenen Gegenwart sind nicht zu unterschätzen.

Die Kirchentage, auf denen sich lebendige Begegnung und wechselseitige Beratung auf den verschiedensten Gebieten weltlicher Verantwortlichkeit und christlicher Haltung vollzieht, liefern auch Ansätze zu überörtlichen Gemeinden. Der Bedarf an solchen Gemeinschaften wird ja immer lauter von den Pfarrern und Laien angemeldet, die die missionarische Unwirksamkeit der Parochialgemeinden an dem Grad der Verlagerung des Lebensschwerpunktes der Berufstätigen aus ihren Wohnbezirken messen. Manch ein Pfarrer mag sich berechtigt fühlen, darüber enttäuscht zu sein, daß der Mühe beim Verkauf von Abzeichen, Vorbereitungsheften oder Veröffentlichungen des Kirchentages keine spürbare Befruchtung seiner Gemeinde durch den Kirchentag entspricht. Wesentlicher ist jedoch, daß Kirchentagsteilnehmer neue Beziehungen zu Glaubensproblemen gewinnen, die sie mit Geistesverwandten ihres Lebenskreises verbinden, selbst wenn sie Randsiedler der Ortsgemeinden bleiben, in denen sie verzeichnet stehen.

Hoffnung auf Integration

Die Laienbewegung weitet damit ihre integrierende Funktion aus, auf die allerdings mancher fraglos zu feste Hoffnungen setzt, besonders wenn ihn aus diesem oder jenem Anlaß wieder einmal der Unwille packt über die an ein Durcheinander grenzende Zergliederung des Protestantismus. Der Kirchentag ist nicht unmittelbar auf eine verfaßte Union, sondern auf die geistige Ökumenizität, d. h. auf das Bewußtsein von der Allgemeinheit der Kirche gerichtet. Aber es sei in diesem Zusammenhang unterstrichen, daß viele Kirchentagsteilnehmer immer wieder ihre Freude über diese umfassende Glaubensgemeinschaft bekunden. Die seit der Reformation an dem Grundsatz des „cuius regio, eius religio“ gescheiterte Integration des Protestantismus wird von nicht wenigen dem Kirchentag als Aufgabe zugeordnet. Der Kirchentag hat es verstanden, Grenzen und Verhaltensvorschriften zu überwinden, die die Menschen voneinander zu trennen vermögen. Man hofft deshalb, daß auch ein Abbau unnötiger Differenzierung gelingen könnte. Diese Hoffnung wird nicht zuletzt durch die Erfahrung der Klammerwirkung genährt, die der Kirchentag in den vergangenen Jahren zwischen Ost und West ausgeübt hat.

Das ökumenische Bewußtsein ist eine unentbehrliche Grundlage des Kirchentages. Er ist heute nicht mehr vorstellbar ohne die Mitwirkung ökumenischer Vertreter, ohne den Besuch von Protestanten aus allen Teilen der Welt. Kirchentagsveranstaltungen in verschiedenen europäischen Staaten, so in Frankreich, Holland, Dänemark, Schottland, Finnland und in anderen Erdteilen sind bezeichnende Parallelen zu der evangelischen Laienbewegung Deutschlands. Für seine Verdienste um die Entfaltung ökumenischer Zusammenarbeit, besonders aber um die Förderung der Laienaktivität in den im Weltkirchenrat zusammengeschlossenen Kirchen, wurde dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. v. Thadden-Trieglaff, von der Freien Fakultät der Protestantischen Theologie in Paris zu Beginn dieses Jahres die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Der Kirchentag will deutlich machen, daß er die ökumenische Solidarität für eine Grundvoraussetzung dafür hält, daß das Christentum sich frei entfalten kann und dem aggressiven Atheismus nicht zu weichen braucht.

DIE „AGENDE“ VON STALINSTADT

Kommunistischer Kult als Wegbereiter der „Gegenkirche“

von Dr. Ernst Rasch, Bethel bei Bielefeld

Jede Auseinandersetzung mit dem System in der Sowjetzone muß die Tatsache berücksichtigen, daß sich der Kommunismus Pankower Richtung immer mehr kultischer Formen bedient, um die totale Herrschaft über die Menschen seines Machtbereiches zu gewinnen. Die von den Funktionären vertretene politische Heilslehre soll nicht nur auf dem Wege intellektueller Bewußtseinsbildung, sondern auch durch Bindung des Gewissens und Ausnutzung emotionaler Bedürfnisse zum Allgemeingut werden. Die „Jugendweihe“ war ein breiter Vorstoß in dieser Richtung. Jetzt kommt ein neues Unternehmen hinzu, das an die Beurkundungen der kommunalen Standesämter anknüpft.

Der „Parteipastor“

„Grundsätze und Erfahrungen bei der Gestaltung sozialistischer Feierlichkeiten um Geburt, Eheschließung und Tod in Stalinstadt“ lautet der Titel eines fünfseitigen Schriftstückes, das diese jüngste Entwicklung belegt. Da in der Sowjetzone das Gesetz absoluter Gleichförmigkeit gilt, mußte man von vornherein auf den verbindlichen Charakter schließen, der inzwischen durch Bekanntwerden zentraler Anweisungen bestätigt worden ist. Danach ergibt sich im wesentlichen folgendes Bild:

Neben den „Beauftragten für das Personenstandswesen“, wie der Standesbeamte in der Sowjetzone heißt, soll in der kommunalen Bürokratie als Inhaber einer neu einzurichtenden Planstelle der „Sprecher des Rates der Stadt“ treten, der von allen Beurkundungen zu unterrichten ist, damit er als kommunistischer Kultusbeamter oder „Parteipastor“, wie man in der Sowjetzone bereits sagt, tätig werden kann. Er hat sich mit Eltern, Verlobten und Hinterbliebenen in Verbindung zu setzen und dafür zu sorgen, daß Geburtsanmeldung, standesamtliche Eheschließung und Begräbnis jeweils mit einem feierlichen Bekenntnis zur atheistisch-materialistischen Weltanschauung und zur kommunistischen Gesellschaftspolitik verbunden werden.

Feierlichkeiten nach Plan

Das Dokument von Stalinstadt beschreibt und regelt diese Handlungen derart, daß man es förmlich als eine „Agende“ der atheistischen „Gegenkirche“ betrachten kann. Der Kultusbeamte erfährt, wie er die vorbereitenden „seelsorgerischen“ Gespräche anzulegen hat; warum und wie der Geburtsanmeldung eine Namensgebung zu folgen hat, die in dem Gelöbnis der Eltern und „Paten“ gipfelt, das Kind zu einem „sozialistisch denkenden, empfindenden und handelnden Staatsbürger der DDR“ zu erziehen; warum und wie die standesamtliche Eheschließung zu einer Feier mit dem Gelöbnis des Paares zu „sozialistischer“ Lebensführung und Betätigung auszugestalten ist; wie sich selbst ein Begräbnis in diesem Sinne begehen läßt, wenn auch hier das Ritual dürftig bleibt und auf die „bekannten Traditionen der Arbeiterbewegung“ verweist. Für den Inhalt der Gespräche und Ansprachen werden Grundkonzeptionen gegeben, für den Wortlaut der Gelöbnisse Musterbeispiele. Die Vorschriften zur Wahl des Zeitpunktes — für Erziehungsgelöbnisse der Sonntagvormittag — mit dem Ziel einer möglichst zahlreichen Beteiligung der Verwandten sowie der Hausgemeinschaften, Arbeitskollegen und Massenorganisationen machen deutlich, daß jeder Eindruck des bloß Privaten und Familiären vom Kollektiv überdeckt werden soll. Die „Gegenkirche“ versteht sich durchaus als staatliche Einrichtung und als Organ jener Weltanschauung, die das Monopol gegenüber allen anderen geistigen

Mächten beansprucht. Bezeichnenderweise steht in dem Dokument der Satz:

„Es ist anzustreben, daß die Nationale Front zum Träger der öffentlichen Anteilnahme an den Feierlichkeiten wird. Die Initiative muß jedoch jeweils vom Staatsapparat ausgehen.“

Musik als Stimmungselement

Ein längerer Abschnitt des Dokumentes handelt von der ins einzelne gehenden Vorschrift, alle Feierlichkeiten „nach Möglichkeit mit Musik zu durchdringen“ (wobei nicht vergessen wird, selbst die Frage des Honorars für den oder die Musiker zu regeln). Als Stimmungselement läßt sich die Musik besonders ergiebig bei der standesamtlichen Eheschließung anwenden; es heißt darüber in dem „liturgischen“ Formular:

„Die Feier um das Ehegelöbnis bildet mit der standesamtlichen Eheschließung eine Einheit. Sie beginnt mit einem Grußwort des Beauftragten für Personenstandswesen. Es folgt eine würdige Musik. Danach wird in Fragen und Antworten die Eheschließung vollzogen. Der Beauftragte unterzeichnet die Ehebuch-eintragung. Sodann nimmt der Sprecher den Ringwechsel vor. Dabei setzt die Musik ein und leitet zur Ansprache hin. Nach der Ansprache und der Bejahung des Ehegelöbnisses wird wieder festliche Musik gespielt. Nunmehr verliest der Beauftragte für Personenstandswesen die Ehebuch-eintragung und läßt sich die Richtigkeit bestätigen. Er bittet, die Eintragung und das Gelöbnis zu unterzeichnen. Während der Unterzeichnung und darüber hinaus wird musiziert. Sodann beglückwünscht der Beauftragte das Ehepaar und überreicht ihm Stammbuch und Unterlagen; dann überreicht der Sprecher mit Glückwunsch die Urkunde über das Ehegelöbnis. Als nächste Gratulanten sollen Eltern und Geschwister, dann Delegierte von Betrieben und Organisationen auftreten. Die Musik intoniert dabei einen festlichen Marsch, der — in Variationen — der Festgesellschaft nachklingen soll, wenn sie den Raum verlassen hat.“

Platte Diesseitigkeit

Hand in Hand mit der Nachahmung kirchlicher Formen und Symbole (Taufpatenschaft, Ringwechsel) geht eine massive Herabwürdigung jeder religiösen Überzeugung, insbesondere der christlichen Glaubenslehre und Gesittung. Was das Dokument in dieser Hinsicht enthält, ist als Gemisch von vergrößertem Freidenkertum und Marxismus aus der Kampfliteratur der SED bekannt. „Sozialistischer Humanismus“ lautet die Formel für eine platte Diesseitigkeit der Auffassungen vom Weltgeschehen und vom Sinn des Lebens („Wir bekennen uns freudig zum diesseitigen Glück“). Geburt, Verbindung von Mann und Frau und Tod sind ursprünglich rein biologische Vorgänge, die jedoch im Laufe der Menschheitsgeschichte große soziale Bedeutung erlangt haben und nun als Stationen auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft gewürdigt werden sollen. Es gibt „kein höheres Wesen als die für Frieden, Demokratie und Sozialismus arbeitende und kämpfende Menschheit“; die „weltumwälzende Schöpferkraft der Werktätigen“ ist das Maß aller Dinge. Die christliche Kirche insgesamt wird den „Ausbeuter-klassen“ zugerechnet, ihr kultisches Handeln als Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft dieser Klassen verworfen. Auch hier kann ein Passus aus dem Abschnitt über die „sozialistische Eheschließung“ die Grundhaltung der „Gegenkirche“ am besten verdeutlichen; in den Richtlinien für Ansprachen an Hochzeitspaare steht folgendes Funktionärsdeutsch:

„Im Kapitalismus zeichneten sich sozialistische Ehen durch Gemeinsamkeit des Leidens und Kämpfens aus. Die sozialistische Ehe in der DDR macht durch gemeinsames gesellschaftliches Handeln die Eheleute gesellschaftlich glücklich.

Religion als Schutz der Ehe versagt wegen der Ohnmacht der Kirchen auf Grund des Nichtvorhandenseins Gottes und der Mißachtung des Erdenlebens sowie wegen der Unmoral jener Kirchenführer, die den Krieg als Regierungsmittel Gottes bejahen und die Frau hinter den Mann zurücksetzen.“

Pankow übertrumpft alle Ostblock-Staaten

Zeitgeschichtlich gesehen entspricht dieser Kultus dem Bestreben aller politisch-totalitären Bewegungen neueren Datums, nicht nur einen eigenen Stil der Versammlungen und Aufmärsche mit Liedern und Reden, Uniformen, Fahnen und Spruchbändern zu schaffen, sondern beherrschend in alle Bereiche des Daseins einzudringen. Was der Nationalsozialismus auf dem Felde der politischen Massenlenkung an psychologischen und technischen Erfahrungen gesammelt hatte, machte sich die SED bald zunutze. Darüber hinaus entwickelte sie Ansätze einer eigenen „Theologie“, indem sie in ihrem Agitations-

schrifttum die christlichen Glaubenssätze von Sünde und Schuld, Freiheit und Erlösung durch Begriffe kommunistischer Prägung ersetzte. Hierhin gehören beispielsweise die „Zehn Gebote der Jungen Pioniere“, ein „Katechismus“, der dem Gewissen des Heranwachsenden die Allgegenwärtigkeit und Allmacht der Partei einprägen soll. Dies Bestreben wird durch die „Jugendweihe“ und die neuen Feierlichkeiten kultisch ausgeformt und bekräftigt, ähnlich wie der Nationalsozialismus versucht hatte, durch „arteigene Weihen“ seiner Ideologie eine stärkere Wirkung zu geben. In den übrigen Ländern des östlichen Machtbereichs ist eine solche Planmäßigkeit, wie sie das Dokument von Stalinstadt erkennen läßt, noch nicht in Erscheinung getreten. Wohl hört man gelegentlich von „kommunistischen Hochzeiten“ in Rotchina, wo das revolutionäre Regime die alten Götter stürzt und die überkommenen religiösen Bräuche beseitigen will. Aber auf das Ganze gesehen, hat der im Ostblock herrschende, mehr oder weniger militante Atheismus, der für jeden Parteigenossen verbindlich ist, dem Verzicht auf Religion bisher kein System stimmungsvoller Ersatzriten folgen lassen. Dies blieb den Funktionären von Pankow vorbehalten, die mit „deutscher Gründlichkeit“ vorgehen.

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

„Politischer Notdienst“?

Zu dem von der Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU) am 13. Februar beschlossenen „Notwort an das deutsche Volk und an die großen Mächte“, das inzwischen in der kirchlichen wie in der Tagespresse zumeist im Wortlaut abgedruckt worden ist, schreibt das von Landesbischof D. Hanns Lilje, DD., Hannover herausgegebene „SONNTAGSBLATT“ in seiner Ausgabe Nr. 8 vom 22. Februar 1959:

„Es steht zu befürchten, daß das ‚Notwort‘, daß die Synode der Evangelischen Kirche der Union beschlossen hat, vielen, die am Rande oder außerhalb der Kirche stehen, Not bereiten wird.

Deshalb sei zuerst deutlich unterstrichen, was für ein solches Wort spricht. Das ist die Freiheit des Gewissens und der öffentlichen Meinungsäußerung, die in der evangelischen Kirche allzeit hochgehalten worden ist. Und das ist weiter der Wunsch der Synodalen, eine öffentliche Äußerung zu tun, von der sie annehmen, daß sie das Los der Brüder in der östlichen Hälfte Deutschlands vielleicht erleichtern wird. Und schließlich gibt es keinen vernünftigen Christenmenschen, der nicht mit allen Fasern seines Herzens wünschte, daß die Welt von der Gefahr eines atomaren Krieges befreit wird, und der darum nicht bereit ist, jeden vernünftigen Schritt zu diesem Ziel zu tun.“

Besorgnis und Bestürzung

„Aber nachdem dies deutlich ausgesprochen worden ist, muß nun ebenso deutlich gesagt werden, was

uns an diesem ‚Notwort‘ Not bereitet, wodurch es unsere Besorgnis, ja Bestürzung hervorruft.

Zuerst: Kann man es dem Außenstehenden übelnehmen, wenn ihm dieses Wort einer Körperschaft innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, die zwar einen großen Teil der evangelischen Christenheit, aber doch eben nicht ihre Gesamtheit repräsentiert, als ein Zeichen der ständig wachsenden Uneinigkeit des deutschen Protestantismus erscheint?“

Zum Mißbrauch geeignet

„Weiter: Dadurch, daß dieses Wort als ein ‚Notwort‘ charakterisiert wird, hört es ja nicht auf, das zu sein, was so viele Synoden bereits im Überfluß produziert haben — nämlich eben ein ‚Wort‘. War es den Kindern der Welt schon bisher nicht recht erkennbar, was diese ständigen ‚Worte‘ in der Welt der Tatsachen bewirken sollen, so muß man von diesem ‚Notwort‘ vor allem kritisch sagen, daß es allgemeine Prinzipien proklamiert, die keine unmittelbare Wirkungskraft haben, sich aber gerade wegen dieser Verallgemeinerungen auszeichnet zum propagandistischen Mißbrauch durch kirchenfremde Kreise eignen.“

Diskreditierung der Verkündigung

„Noch schlimmer aber ist, daß hier eine eindeutige politische Stellungnahme, nämlich die Forderung einer einseitigen atomaren Abrüstung Deutschlands, mit dem vollen Gewicht der christlichen Gewissensentscheidung versehen wird. Dem steht die nicht wegzuleugnende Tatsache

gegenüber, daß es zahlreiche Christen gibt, die diese Lösung für zu einfach halten. Natürlich kann man der Meinung sein, daß es politisch nicht klug ist, die Bundesrepublik atomar zu bewaffnen, aber man kann eine solche politische Meinung nicht als die einzig mögliche Entscheidung des christlichen Glaubens hinstellen.

Mit der Forderung der einseitigen atomaren Abrüstung geht die Äußerung der Synode der EKU nicht nur hinter alle ökumenischen Aussagen zurück, die an diesem Punkte viel realistischer urteilen, sondern sie bietet unbewußt einen Beitrag zur fortschreitenden Diskreditierung der christlichen Verkündigung in Deutschland. Denn wenn in einer politischen Stellungnahme, die von weiten Kreisen des Volkes als unrealistisch empfunden wird, gesagt wird, daß sie Ausfluß des christlichen Gewissens sei, dann liegt für die ‚Draußenstehenden‘ das Mißverständnis nahe, daß auch das, was die Kirche sonst verkündigt, als unrealistisch zu gelten habe.

Wir bestreiten keinem Gliede der Synode der EKU das Recht zur öffentlichen Äußerung seiner Meinung. Aber wir bitten um Verständnis dafür, daß alle diejenigen, die an dieser Synode nicht teilgenommen haben, vor allem aber diejenigen, die in ihrem konkreten politischen Einzelurteil von der Linie der Synode abweichen, die größten Schwierigkeiten haben, sich und der Welt die Einheit der Kirche Gottes glaubhaft zu machen.“